

STRASSENBEITRAGSSATZUNG

Der Widerstand wird stärker

Die wachsenden Proteste hatten viele nicht erwartet. Vor allem nicht bei der SPD und den Freien Wählern im Rathaus. Dort setzt man auf „Ruhe im Karton“. Möglichst still sollen die Strassenbeitragssatzungs-Beschlüsse kurz vor Weihnachten gefasst werden. Aus dem Rathaus wird die Meinung verbreitet: Alles ist schon entschieden. Wenn man die Mitteilungen des Bürgermeisters liest, könnte man meinen, das sei wirklich so. In der Presse kommen dann folgerichtig Überschriften wie: „Es geht nur noch um das Wie“ oder „Die Straßenbeitragsatzung kommt“ - basta. Man fragt sich: Da gibt es doch noch ein Stadtparlament, das die Sache diskutiert und am 19. Dezember 2017 entscheiden soll.

Diese Bürgermeister-Sprüche sind zutiefst undemokratisch. So etwas gehört sich einfach nicht.

Bis zur Stadtverordnetenversammlung ist Information und natürlich Kampf gegen den erneuten Griff in die Taschen der Bürgerinnen und Bürger angesagt.

Es ist noch Zeit für Aufklärung, Öffentlichkeitsarbeit und juristische Überlegungen.

Wenn die SPD in der Stadtregierung meint, alles ist alternativlos und vor der grünen Regierungspräsidentin kuschelt, dann ist das ihre Sache.

Die Antworten kommen später - wie man bei der Bundestagswahl sehen konnte.

Wenn die Freien Wähler, deren Erster Stadtrat Ziegler die kommunale Abzocke mit unterstützt, glauben, dass ihre Wahlversprechen und ihr jetziges konträres Handeln unbemerkt bliebe,

Fortsetzung nächste Seite

Die Abwiegler

Im Rathaus beschwichtigt man: „So schlimm wird es nicht werden“, sagt der Erste Stadtrat Ziegler. Er wurde gewählt, weil er keine Gebührenerhöhungen wollte.

„Vorerst nichts zu Befürchten“, meint der Bürgermeister, der Bürgermeister aller Einwohner sein will.

Burkhard Ziegler sollte sich an seine Wahlkampfversprüche erinnern und der Bürgermeister soll sich mal umhören, wie die Stimmung ist und endlich aktiv gegen die Abzockerei auftreten.

Gibt es Chancen, diesen Griff in unsere Geldbeutel zu verhindern?

Es hängt davon ab, wie der Widerstand wächst.

Wenn immer mehr Menschen laut ihre Meinung sagen, protestieren, Leserbrief schreiben und massenhaft ins Rathaus ziehen, dann wird die entstehende Stimmung auch auf Befürworterparteien im Stadtparlament wirken.

Und außerdem gilt immer noch der alte Gewerkschafter-Spruch:

„Wer kämpft, kann verlieren - wer nicht kämpft, hat schon verloren!“



Kerb in Mörfelden
Umzug in der Langgasse



Fortsetzung von Seite 1

dann haben sie sich sehr getäuscht. Auch sie werden es noch merken. Unverschämt ist jedoch, wenn die „Freien Wähler“ die Menschen, die sich gegen die erneuten Belastungen wehren, als „linke Hetzer“ beschimpfen. Auch das wird nicht vergessen. Bürgermeister Becker hat in der Debatte nichts anderes zu sagen als: „Das ist alternativlos, wir können nicht

anders, wir werden gezwungen“. Das passt zu ihm und zur jetzigen SPD. Wer glaubte, in der heutigen SPD gäbe es noch ein wenig von der früheren Sozialdemokratie, hat sich getäuscht. Sie „führen nur noch aus“. Örtlicher Sozialabbau auf allen Ebenen, zweimal Grundsteuer-B-Erhöhung in kurzer Zeit und jetzt die Straßenbeitragssetzung, von der noch keiner weiß,

was das die Einwohner in der Zukunft alles kostet.

Wir würden uns freuen, wenn sich der Bürgermeister gemeinsam mit den Einwohnerinnen und Einwohnern gegen diese erneute Erpressung aus dem Regierungspräsidium wehren würde. Alles zu tun für das Wohl der Stadt - dafür wurde er gewählt. Wenn er es nicht begreift, sollten es ihm die Bürgerinnen und Bürger sagen.

Es muss sich „unten“ was bewegen, damit man es „oben“ spürt. Wie soll sich sonst was ändern an einem System, in dem die Reichen immer reicher werden und die Zahl der Armen wächst?

Die SPD - demnächst in Berlin in der Opposition - spricht von Gerechtigkeit an erster Stelle. Vor Ort herrschen Kuscheln vor der Obrigkeit und Abzocke. Da kann man nur sagen: Betroffene werdet aktiv - das ist Demokratie!

Kommunales

Die Ablehner

In der vergangenen Stadtverordnetenversammlung machte es sich die „Regierungskoalition“ wieder einmal leicht.

Die DKP/LL hatte drei wichtige Initiativen eingebracht:

Mit einem Antrag wollten wir, dass die Stadt sich gegen den Einsatz des Pflanzenschutzmittels Glyphosat ausspricht. Abgelehnt!

Wir setzten uns dafür ein, dass eine alte Setzerei mit Druckmaschine einen festen Platz in der Nähe der Museen in Walldorf oder Mörfelden erhält. Abgelehnt! (*Dies ist besonders ärgerlich, weil eine wertvolle andere Druckerei mit alten Geräten im Bauhof gestohlen wurde*).

Wir wollten an den Trauerhallen zwei Gedenktafeln für die Euthanasie-Opfer unserer Stadt. Abgelehnt! Wir werden darauf zurückkommen.



Was ist denn hier zugewachsen?

Ja, ja - die Blitzer

Die neue Stadtregierung will eine halbe Million Euro für neue Radar-Fallen ausgeben.

Zu alten Anlagen sind noch Fragen offen.

In der Langener Straße/Ecke Hochstrasse steht so ein Monstrum.

Wer hat das alte Ding gekauft für wieviel?

Hat es überhaupt je was eingebracht?

Was liegt denn da noch auf einem städtischen Lagerplatz?

Wurden damals mehrere gekauft?

Diebstahl?

Immer wieder erreichen uns Meldungen, die zumindest Kopfschütteln verursachen.

So diese: Ein älterer Mann hat zu Hause einen Kaminofen. Einen Teil des Brennholzes holte er sich auf der Grünabfallsammelstelle. „Ich dachte, da muss die Stadt nicht so viel schredern!“, meinte er.

Als er jetzt wieder Holz holen wollte, bekam er eine Belehrung: „Das ist Diebstahl und wird nicht geduldet!“

Wir wissen nicht genau, was gerade alles auf der Sammelstelle vorgeht. Vieles ist zu hinterfragen - wir tun es. Nach unserer Initiative im letzten „blickpunkt“ wurden immerhin einige „Schikanen“ rückgängig gemacht.

Unser „blickpunkt“-
Spenden-Konto:
Kreissparkasse GG,
IBAN
DE37 5085 2553 0009 0034 19

Mehr Geld den Kommunen

Mit der Zustimmung der örtlichen SPD ging Mörfelden-Walldorf unter den Schutzschirm, obwohl führende Sozialdemokraten warnten: „Der Schutzschirm ist ein mieses und erpresserisches Spiel der Landesregierung“, meinte Thorsten Schäfer-Gümbel und Gerold Reichenbach sagte: „Praktisch wird beim Schutzschirm nur Geld von unten nach oben verschoben.“ Bei uns begann die große Abzockerei mit der Grundsteuer B.

Dann kam eine neue Koalition mit den Freien Wählern und der FDP. Jetzt will man (kurz vor Weihnachten) auch noch eine Straßenbeitragsatzung einführen. Die Stadt steht unter dem Druck des Regierungspräsidiums, das sonst den Haushalt nicht genehmigen will. Das nennt man eine Erpressung. Regierungspräsidentin in Darmstadt ist die Grüne Brigitte Lindscheid. Was machen unsere hiesigen Sozialdemokraten, die „Freien Wähler“ und die FDP? Sie kuschen und sagen, die Straßenbeiträge wären alternativlos. Keiner begehrt auf, keiner hinterfragt die üble Erpressung. Sie wollen die erneuten Belastungen im Dezember beschließen.

Die Finanzlage vieler Städte, Gemeinden und Landkreise ist nach wie vor alarmierend. Wer daran denkt, dass man vor einiger Zeit praktisch über Nacht eine milliarden schwere Bankenrettung organisierte, hat kein Verständnis dafür, dass keine Anstrengungen unternommen werden, die Schlaglöcher in den kommunalen Haushalten zu beseitigen!

Hauptursache für die prekäre Lage der Kommunal Finanzen ist eine Steuersenkungspolitik, beginnend unter Schwarz-Gelb über SPD-Grün bis hin zur GroKo. Folgen sind: eine gigantische Umverteilung von unten nach oben und Milliarden an Einnahmeverlusten für die öffentliche Hand. Auch durch die Steuergesetzgebung der rot-schwarzen Bundesregierung hatten die Kommunen Mindereinnahmen von vielen Milliarden Euro. Festzustellen ist, die Sozialausgaben der Kommunen steigen gleichzeitig seit Jahren. Hinzu kommt, dass sich der Bund immer weiter aus der Finanzierung gesamtstaatlicher Aufgaben zurückzieht. Kosten der Unterkunft, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit sowie Ausbau

der Kindertagesbetreuung – alles gesamtstaatliche Aufgaben – werden in wachsendem Maße durch die Kommunen allein finanziert.

Infolge des enormen Einnahmedefizits haben Kommunen in der Folge zudem immer weniger öffentliche Mittel für Investitionen in die öffentliche Infrastruktur einsetzen können. Die Kommunen allein bekommen das Problem nicht in den Griff. Sie können weiter drastisch kürzen, neue Gebühren erfinden, das verbliebene Tafelsilber verkaufen und sich zusätzlich verschulden. Sie können sich nicht selbst aus dem Überschuldungssumpf ziehen.

Vielmehr müssen die wesentlichen Einnahmen vom Bund kommen, der die Steuergesetze erlässt und die Steuern eintreibt. Hier gilt es endlich anzusetzen, will man die Zukunft der Gemeinden und damit die Zukunft des Landes insgesamt nicht aufs Spiel setzen. Die Bundesrepublik Deutschland ist ein reiches Land. Wenn man oben durch eine Umverteilungspolitik die Reichen immer reicher macht, wird unten immer Geld für die Daseinsfürsorge fehlen.

Rückblick auf die Wahlen

Jetzt wahrscheinlich „Jamaika“ im Bund. Die SPD will sich, wie im Oktober-„blickpunkt“ schon vermutet, nach ihrem historisch schlechten Wahlergebnis in der Opposition neu sammeln. Daran wird wohl auch der unerwartete Wahlerfolg in Niedersachsen nichts ändern, zumal es dort ja auf einen große Koalition hinausläuft. Der berechtigte Protest gegen die Regierungspolitik ging diesmal nach Rechts. Die AfD konnte aus allen Lagern und von ehemaligen Nichtwählern Stimmen gewinnen wurde auch von Arbeitslosen, wirtschaftlich Unzufriedenen und Arbeitern gewählt. Ihre Wähler sind zu großen Teilen keine „Rechten“, sondern Menschen, die sich vom heutigen Politikbetrieb

abgehängt und nicht vertreten fühlen (und oft auch sind).

Von der AfD sind jedoch keine gerechteren Verhältnisse zu erwarten. Die soziale Schieflage in Deutschland ist schließlich sehr viel älter als die Flüchtlingskrise.

Die AfD macht keine Anstalten, die Reichen stärker zur Kasse zu bitten,

sondern hängt - wie aus den Spendengeldern hervorgeht - selber am Tropf der Reichen.

Die Probleme der arbeitenden Menschen, der Erwerbslosen, vieler Rentnerinnen und Rentner spielten im Wahlkampf kaum eine Rolle. Im Bundestag steht weiterhin die Anpassung der bundesdeutschen Verhältnisse an die als „alternativlos“ dargestellten Wünsche weltweit aktiver Großkonzerne auf der Tagesordnung. Um so nötiger wird es sein, außerhalb des Parlaments - im Wohngebiet, im Betrieb, auf der Straße - gegen Sozialabbau und Krieg, für Arbeitszeitverkürzung, sichere Arbeitsbedingungen, ein solidarisches Gesundheitssystem etc. aktiv zu werden und zu bleiben.

Denkzettel

Als die Deutschen vor einiger Zeit schon einmal den Regierenden einen kleinen Denkzettel verpassen wollten und eine nationalistische Partei gewählt haben, gab es danach über siebzig Millionen Tote und eine Welt in Trümmern.

Werner Lutz



Der Widerstand wird stärker. Eine Versammlung gegen die Straßenbeiträge im Bürgerhaus mit Diskussionen, in denen die Ablehnung dieser Pläne deutlich ausgesprochen wird. Wir empfehlen

Die Leute passten nicht in den Saal

Wann gab es in der letzten Zeit solche politischen Veranstaltungen? Viele blieben draussen - der Saal war überfüllt. Stadtverordnete der örtlichen „Regierungskoalition“ waren nicht auszumachen. Aber wir nehmen an, ihre Ohren haben „geklingelt“ - zumal die Proteste weitergehen.

Es wird leider auch die „Abwiegelei“ der Koalition weitergehen: „Wir beschließen die Beiträge nur - anwenden werden wir sie nicht.“ Diese Sprüche muss man zurückweisen. Das Thema „Straßenbeiträge“ ist in unserer Stadt wirklich ein Thema, das sehr viele Menschen berührt.

Vor allem an den Sozialdemokraten wird es hängen, dass vor Weihnachten die „Koalitionsmehrheit“ nicht einen Beschluss fasst der schwer zu revidieren ist.

Jetzt sind Gespräche und politisches Handeln angesagt. Keiner verliert sein Gesicht, wenn erst einmal ein Moratorium eintritt. Wir sind nicht verpflichtet, vor Weihnachten solche Beschlüsse zu fassen. Außerdem: jeder Abgeordnete ist für sein Abstimmungsverhalten selbst verantwortlich. Wenn man Angst hat vor Koalitionszwang, kann man auch mit Stimmzetteln abstimmen. Die Bürger werden alles genau registrieren.

Linke Hetzer

„Linke Hetzer . . . und ein fehlender Blick auf die wichtigen Themen verunsichern die Bürgerinnen und Bürger in Mörfelden-Walldorf.“

So beginnt eine Textanzeige der „Freie Wähler“ in einer örtlichen Zeitung.

Diese Beschimpfung hat auch solche betroffen gemacht, die vor 19 Monaten diese Gruppe wählten.

Auch wir meinen: Damit ist eine Sprache erreicht, die wir glauben überwunden zu haben.

Eine Entschuldigung ist das mindeste, was viele erwarten.

**Gegen Rassismus und
Ausländerfeindlichkeit**

**KUND
GEBUNG**

**Donnerstag, 9. November 2017
18 Uhr
Rathausplatz Mörfelden
Gedenkstein**

Es spricht:

Jürgen Rose
Oberstleutnant i. R., Publizist



**SCHLUSS
MIT DER
ROTSTIFT-
POLITIK!**

**Gemeinsam
Straßenbeiträge
verhindern**

Diese Termine sollte man sich merken:

Am Dienstag,
29. November 2017 gibt es eine
Info-Veranstaltung des Magistrats
(Ort und Uhrzeit ist noch unklar)

Am Dienstag,
19. Dezember 2017, beginnt am
Nachmittag die
Stadtverordnetenversammlung,
im Rathaus Walldorf.

Hier soll über die Straßengebühr
abgestimmt werden.
Besucher sind erwünscht.



t 300 Besuchern, schon über 1000 Unterschriften gegen die Abzocker-Pläne und immer wieder an allen Stadtverordneten, am 19. Dezember 2017 diese unselige Beschlussvorlage abzulehnen.

Da ist was in Bewegung gekommen

Der „blickpunkt“ berichtet seit Monaten von den Plänen, eine Straßenbeitragsatzung einzuführen.

Die DKP/LL machte Versammlungen zum Thema.

Es bildete sich eine überparteiliche Bürgeraktion „Gemeinsam gegen Straßenbeiträge“ mit einer eigenen Webseite (www.strassenbeitraege-mw.info).

Eine Protestversammlung im Bürgerhaus wurde von 300 Leuten besucht. Es gibt Leserbriefe, Plakate, eine Unterschriftensammlung, phantasievolle Proteste und es gibt Wirkungen: Am 12.10.2017 haben die Grünen das Thema Straßenbeiträge in ihrer Mitgliederversammlung beraten und lehnen sie ab.

Aus der Gruppe der Freien Wähler kommen Signale mit richtigen Einschätzungen aber falschen Herangehensweisen.

Ein Leser schreibt hierzu:

„Sehr geehrter Herr Rommel, in Ihrem offenen Brief an die Fraktionen im Hessischen Landtag schreiben Sie u.a.: „Da wir Stadtverordnete der Freien Wähler in Mörfelden-Walldorf uns an das geltende Recht halten, werden wir wohl der Einführung einer Straßenbeitragsatzung zum Jahresende widerwillig zustimmen müssen . . .“

Der Leser fragt zu recht: „. . .wie ist es zu verstehen, dass es in Mörfelden-Walldorf Abstimmungen gibt, bei der die Stadtverordneten nur noch die Wahl haben, wie angeordnet, widerwillig zuzustimmen oder bei „nein“ gegen geltendes Recht zu verstoßen.“

LESERBRIEF

Widerwillig zustimmen?

Es gibt einen „Offenen Brief“ der „Freien Wähler“, der sich mit der Thematik Straßenanliegerbeiträge befasst.

Das Schreiben ist an den Innenminister Beuth gerichtet. Darin schreibt der FW-Fraktionsvorsitzende Rommel wortreich, dass diese zusätzliche Abgabe unsozial, ungerecht, unnötig wäre. Unsere Stadt wäre per Schutzschirm nicht mehr defizitär, hätte die Grundsteuer drastisch erhöht (790 %).

Es sei völlig unnötig, die Gebühren erzeugten zusätzlichen Verwaltungsaufwand und sei sinnlose Geldverschwendung. Die zweite Grundsteuer erzeuge soziale Härten und führe zu hoher Unzufriedenheit unter den Bürgern.

Es habe sich eine Bürgerinitiative gebildet. „Die drohende Einführung einer Straßenbeitragsatzung führt in Mörfelden-Walldorf zu massiven Protesten. Es hat sich bereits eine Bür-

Man sieht, es wird spannend. Wir können nur empfehlen, nicht nachzulassen mit den Protesten.

Bei den künftigen Terminen sollten viele Bürgerinnen und Bürger teilnehmen und ihre Meinung sagen.

geraktionsgruppe - Gemeinsam gegen Straßenbeiträge - gegründet, die letzte Informationsveranstaltung wurde von rund 300 Bürgern besucht.“

Zum Schluss des Briefes: „Da wir Stadtverordnete der Freien Wähler in Mörfelden-Walldorf uns an das Recht halten, werden wir wohl der Einführung einer Straßenbeitragsatzung zum Jahresende widerwillig zustimmen müssen.“

Bis zu diesem letzten Satz kann ich zustimmen. Doch dann die Kehrtwendung.

Wem ist der Abgeordnete verpflichtet, dem Bürger oder der Landesregierung/Regierungspräsidium?

Etwas mehr Mut sollte man Mandatsträgern schon abverlangen. Die Selbstverwaltung der Stadt soll kein leeres Geschwätz sein. Wir sollten uns nicht gängeln lassen.

Übrigens ist im nächsten Jahr Landtagswahl. Und bis dahin wird die Wut über die neue Abzocke noch nicht verfliegen sein.

Rudi Dötsch, Mörfelden-Walldorf,
Schumannstraße 3

blickpunkt jugend



Tim Beyerman, Mitarbeiter an dieser Jugendseite, studiert ein Jahr in Japan. Er berichtet von hier für den „blickpunkt“. Heute schreibt er:

Angekommen in Osaka

Inmitten der Kansai-Region liegt Osaka, zwischen Kyoto und Kobe etwas südlich auf der japanischen Hauptinsel.

Verbringt man hier eine gewisse Zeit, so werden die Parallelen zwischen der Großstadt im Land der aufgehenden Sonne und der Heimat im Rhein-Main-Gebiet sichtbar.

Was für Parallelen, mag sich jetzt der Eine oder Andere fragen. Genau das möchte ich hier in den nächsten Ausgaben ansprechen.

Den Wald sieht man bekanntlich manchmal vor lauter Bäumen nicht. Deshalb möchten wir mit dieser kleinen Rubrik aus der Ferne auch den Versuch wagen, mit frischen Augen auf alte Probleme zu schauen und wer weiß, am Ende lernen wir sogar noch etwas dabei.

Ein kommender Beitrag wird sich um einen Besuch in Hiroshima und das Gespräch mit einer Überlebenden der US-Atombomben drehen, die 1945 die Stadt zerstörte.

Davon lagern bei uns ja bekanntlich auch noch ein paar ...

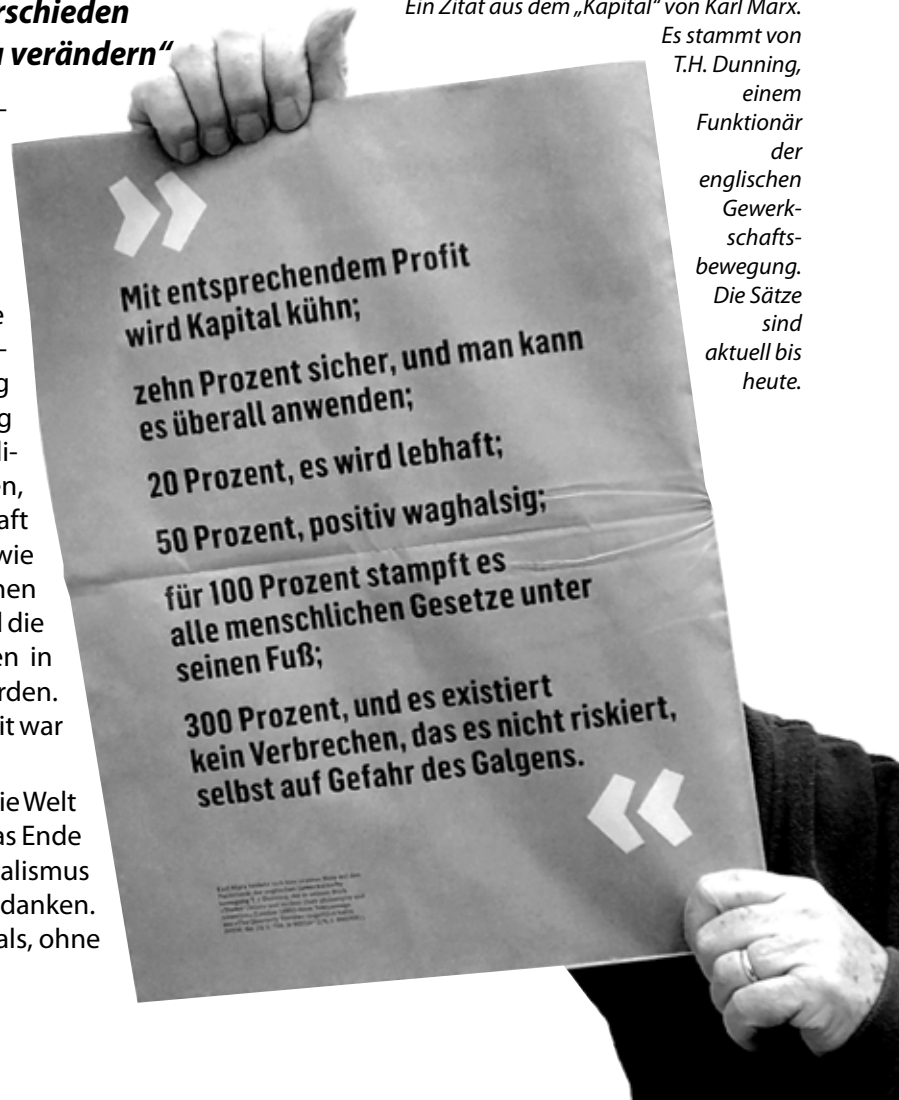
„Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt darauf an, sie zu verändern“

... diese Feststellung von Karl Marx muss es gewesen sein, die Lenin und seine Genossinnen und Genossen zu jener Tat reifen ließ, die die Welt erschüttern sollte. Vor hundert Jahren, in der Nacht zum 8. November 1917, begann die Oktoberrevolution.

Mit dem Ruf nach „Brot und Frieden“ siegten die Revolutionäre über den alten russischen Feudalstaat, der bis dahin die grenzenlose Ausbeutung der Arbeitskraft mittels brutaler Unterdrückung abgesichert hatte. Trotz der Angriffe der kapitalistischen Mächte, die zu einem Bürgerkrieg führten, machte man sich daran, eine neue Gesellschaft aufzubauen, in der soziale Menschenrechte wie Alphabetisierung und Bildung für viele Millionen Menschen, die Gleichberechtigung der Frau und die Absicherung von Leben, Arbeiten und Wohnen in Würde zu Zielen der staatlichen Maßnahmen wurden. Zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit war die Herrschaft des Kapitals gebrochen.

Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion ist die Welt eine andere. Der Kapitalismus ist jedoch nicht das Ende der Geschichte - viele spüren heute: der Kapitalismus wird diese Welt zerstören. Es ist Zeit für neue Gedanken. Eine Gesellschaft ohne die Herrschaft des Kapitals, ohne Konkurrenz und Profitdenken ist machbar.

Ein Zitat aus dem „Kapital“ von Karl Marx.
Es stammt von
T.H. Dunning,
einem
Funktionär
der
englischen
Gewerkschafts-
bewegung.
Die Sätze
sind
aktuell bis
heute.



KEINE WEITERE FLUGHAFENERWEITERUNG



Hauptkrachmacher: Billigflieger Ryanair

Nachtflugverbot. Eigentlich sollte nachts Stille herrschen. Doch immer wieder donnern Flieger auch nach 23 Uhr über die Häuser. Eine Erhebung zeigt: Insbesondere Ryanair ist dafür verantwortlich. Für über ein Drittel der verspäteten Landungen am Flughafen waren im September Ryanair-Maschinen verantwortlich. Der Bund für Umwelt und Naturschutz Hessen kritisierte, dass Ausnahmeregelungen über Gebühr in Anspruch genommen werden. „Wenn die Ryanair-Flieger früher starten würden, kämen sie auch vor 23 Uhr in Frankfurt an“, hieß es. Der BUND fordert eine Ausweitung des Nachtflugverbots von sechs auf acht Stunden.

Es ist wichtig, dass man das Thema „Billigflieger bei Fraport“ wieder mehr in den Fokus rückt. Die Fraport-Pläne, mehr Billigflieger anzusiedeln, sind eine Zumutung für die Bevölkerung im Flughafenumland.

blickpunkt

Geschichte

Wir beginnen heute mit einer Serie von Beiträgen über unsere jüngere Geschichte. Wir möchten immer einen Zeitabschnitt nach dem II. Weltkrieg beleuchten und beginnen mit einem ersten kurzen Bericht über einen Zeitabschnitt während der Auseinandersetzungen um die Startbahn/West.



Die Auseinandersetzungen um die Startbahn/West liegen Jahrzehnte zurück und endeten tragisch mit dem Tod von zwei Polizisten. Immer noch wissen viele Menschen Bescheid, wenn man das Thema anspricht. Es begann mit einer gewaltigen aber gewaltfreien Bürgerbewegung. Es gab riesige Demonstrationen und später auch gewalttätige Auseinandersetzungen im Startbahn-Wald. Dabei wurden viele Demonstranten, vereinzelt auch Polizisten, verletzt.

Bemerkenswert - während dieser Zeit veränderte sich die Polizeitaktik. Immer mehr Zivilpolizisten, zum Teil als Provokateure im „Demo-Look“, schafften die für die Polizei gewünschte taktische Lage.

Seit dieser Zeit lesen wir alle Berichte über Großdemos genauer. Keiner weiß heute mehr, was wo genau geschehen ist und wer aktiv wurde.

Unsere Fotos von oben: Mit Ästen „bewaffnete“ Polizei-Zivis, Polizei- und Zivilprovokateure mit Motorradhelmen, Personen aus unserer Stadt, die schwer verletzt wurden.

Stadtgeschichten



Der Küfer, in manchen Gegenden auch Böttcher oder Fassbinder genannt, ist ein Handwerker, der Behälter und Gefäße aus Holz herstellt. Der Name rührt von Kufe, eine frühere Bezeichnung von Kübel, Bottich oder Fass. Schon die Römer hatten ihre Küfer und verschickten ihren Wein in Holzfässern. Nur noch wenige beherrschen heute diesen Beruf. Auf dem Foto aus dem Jahre 1953 sehen wir den letzten Mörfelder Küfer und Gastwirt Wilhelm Dickhaut, in Mörfelden auch „Bachdickhaut“ genannt, da seine Gaststätte „Zum Wiesental“ in der Langgasse am Mühlbach stand. Er steht ganz oben auf einem Stoß mit Fassdauben, die er mit seinen Mitarbeitern hergestellt hatte.



Dauben nennt man die einzelnen, geformten Holzbretter eines Fasses oder eines Behälters, die mit eisernen - früher auch hölzernen - Ringen zusammen gehalten werden. Die riesigen Eichenstämme hierfür holte er sich oft aus dem hiesigen Wald. Die Dauben wurden zum Trocknen aufgeschichtet, um dann, etwa nach einem Jahr, weiter bearbeitet zu werden. Wilhelm Dickhaut setzte die Arbeit seines Vaters Ludwig fort und fertigte später auch zeitweise selbst Fässer für Frankfurter Brauereien und Winzer von der Mosel und dem Rhein. Wie die Ehefrau von Wilhelm, Dorchen Dickhaut geb. Müller, noch wusste, waren auch Aufträge aus Afrika darunter. Gefertigt wurden u.a. Fässer mit einem Inhalt von 600 bis 1200 Liter. Auf dem Foto sehen wir weiter von links: Margot Müller, daneben eine Freundin. Auf dem Fass steht der Mitarbeiter und Küfermeister Wilhelm Vogel und unten rechts Dora Müller, die Mutter von Dorchen Dickhaut. Auf dem kleinen Foto oben links sehen wir Wilhelm Dickhaut, wie er den Durchmesser eines ihm gelieferten Eichenstammes misst.

Veranstaltungen im Kulturbahnhof Mörfelden



Tanzbar „fill your heart with rock“
Samstag, 4. November 2017 - 20:30h, € 3,-

Zuruf-Konzert mit Orange Box
Samstag, 11. November 2017 - 20h, € 8,-/€ 6,-

Das Vinyl wird gerettet
Donnerstag, 16. November 2017 - 20h,
Eintritt frei

Jam Session
Freitag, 17. November 2017 - 20h, Eintritt frei

Rambazamba
Konzert mit den Original Bauernsfünfer
Samstag, 18. November 2017 - 20h, € 8,-/€ 6,-

Bal Folk Session für Musiker und ihre Gäste
Mittwoch, 22. Nov. 2017 - 19h, Eintritt frei

„Nathan der Weise“ von G. E. Lessing
Eine Aufführung des theater noster
Samstag, 25. November 2017 - 19:30h,
€ 10,-/€ 8,-

Unser Lexikon

Schbrisch

Er hotten
fallegelosse wie
e haas Kadoffel.